

Zürich mit neuem Modell

Zuwanderung Zur Umsetzung der Zuwanderungsinitiative schlägt der Kanton Zürich ein eigenes Modell vor. Es soll den Fachkräftemangel entschärfen und helfen, das inländische Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen.

Der Kanton Zürich meldet sich in der nationalen Debatte zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) mit einer neuen Idee zu Wort: Das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) hat einen Indikator ausgetüftelt, der die Intensität des Fachkräftemangels misst – und zwar in einzelnen Berufen statt in Branchen. Das gestern vorgestellte Modell soll es ermöglichen, in den Kantonen den Bedarf an Fachkräften präzise und berufsspezifisch zu berechnen.

In einem zweiten Schritt kann damit aufgezeigt werden, in welchen Berufen es auch künftig ausländische Erwerbstätige zur Stellenbesetzung braucht – und in welchen Berufen kein Mangel herrscht und daher das inländische Arbeitskräftepotenzial besser genutzt werden kann. Die Berechnung stützt sich auf vier Variablen: Schwierigkeiten bei der Personalrekrutierung, das Verhältnis von offenen Stellen zu Stellensuchenden sowie die Dauer von Stellenausschreibung und Stellensuche. Damit kann die Intensität des Fachkräftemangels in 97 Berufen und in acht Berufsgruppen berechnet werden – je höher der Wert, desto grösser der Mangel. Am stärksten spürbar ist der Mangel demnach bei Ärzten, Ingenieuren, spezialisierten Produktionsleitern, Softwareentwicklern und akademischen Gesundheitsberufen. Schalterangestellte, Kassierpersonal oder Bürokräfte kennen hingegen kaum einen Mangel. Das Modell sei eine Basis für einen zielgerichteten angewendeten Inländervorrang, sagte AWA-Chef Bruno Sauter. 2015 hätten die kantonalen RAV damit rund 3000 Personen in gemeldete Stellen vermitteln können, so Sauter.

Arbeitgeber sind mit an Bord

Der Kanton Zürich wolle damit in der Debatte zur MEI-Umsetzung keine Stellung beziehen, betonte zwar FDP-Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh gestern vor den Medien. Das Berufsgruppenmodell könne bei einem strengen wie bei einem sanften Inländervorrang zur Anwendung kommen. Doch sie liess auch durchblicken, dass sie die von der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats vorgeschlagene Variante nicht überzeugt.

Diese sieht statt eines eigentlichen Vorrangs nur eine unverbindliche Stellenmeldepflicht vor und unterscheidet nur nach Branchen. Natürlich kommt der Zürcher Ruf Richtung Bundesbern nicht zufällig ausgerechnet jetzt. Kurz vor der MEI-Debatte in der Herbstsession soll die konkrete Ausgestaltung des Inländervorrangs in die richtige Richtung gelenkt werden. Unterstützung kommt dabei vom Arbeitgeberverband SAV, der bei der Präsentation des Modells mitmischte. Dieses biete «eine überzeugende und praktikable Lösung für die Wirtschaft», sagte SAV-Präsident Valentin Vogt. Auch der Baumeisterverband und Gastro Suisse unterstützen das Modell. Sehr befremdet vom gemeinsamen Auftritt von Kanton und SAV zeigte sich der Zürcher Gewerkschaftsbund. Sozialpartnerschaft bedeute, dass auch Gewerkschaften und Berufsverbände von der Volkswirtschaftsdirektion konsultiert würden. pem

Weniger Fälle als früher

Kesb-Bilanz Beim Start vor knapp vier Jahren stiessen die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden an ihre Grenzen. Jetzt haben sie Routine erhalten und können Resultate präsentieren.

Die Bilanz stellt einiges klar: Unter den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) kam es nicht zu einem stärkeren Anstieg von Fällen als unter den früheren Vormundschaftsbehörden. Im Gegenteil. Im Bereich der Kinderschutzmassnahmen ist die Anzahl der betroffenen Kinder zwischen Ende 2012 und Ende 2015 zurückgegangen. Dies zeigte gestern die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (Kokes) auf. Bei den Erwachsenen ist die Zahl der Betroffenen zwar gestiegen, diese Zunahme liege aber unter derjenigen der langjährigen Vergleichsperiode und des Bevölkerungswachstums.

Keine Willkür

Kokes-Präsident Guido Marbet schloss vor den Medien daraus, dass die Kesb erst eingreifen, wenn die Unterstützung der Familie, des Umfelds oder privater und öffentlicher Dienste nicht ausreicht. Nicht jedermann könne also von einem Tag auf den anderen Opfer einer willkürlichen Behörde werden, sagte er. Er reagierte damit auf die Kritik von Kesb-Gegnern.

Beim Start 2013 seien die Kesb an ihre Grenzen gekommen, auch weil es zu einer unerwarteten Flut von neuen Gefährdungsmeldungen gekommen sei. Man habe reagiert, Ressourcen aufgestockt, Abläufe optimiert und inzwischen Routine erhalten. Damit sei auch die Kritik zurückgegangen. «Wir haben die Kinderkrankheiten im Griff. Und dort, wo es noch Verbesserungen braucht, arbeiten wir daran.» Marbet nannte drei Bereiche, wo derzeit weitere Verbesserungen angestrebt werden. Man suche erstens eine Lösung, wie Eltern mit erwachsenen behinderten Kindern vor zu strengen Kontrollen im administrativen Bereich bewahrt werden könnten, und habe dazu den Kontakt mit Behindertenorganisationen gesucht.

Externe Anlaufstelle

Als zweiten Verbesserungspunkt nannte Marbet die Kommunikation. Dabei stehen Gespräche mit Betroffenen und ihren Bezugspersonen im Vordergrund. Ausserdem prüft die Kokes ge-



Kokes-Präsident Guido Marbet (Mitte) zog gestern gemeinsam mit Christoph Brutschin, Regierungsrat BS, und Caroline Kühnlein, Kantonsrätin VD, Bilanz über vier Jahre Kesb. Keystone

Zahlen von 2015

Kantone	Anzahl Kinder mit Schutzmassnahmen	Anzahl Fälle pro 1000 Kinder	Anzahl Erwachsene mit Schutzmassnahmen	Anzahl Fälle pro 1000 Erwachsene
Aargau	3861	32,78	6834	12,96
Appenzell I.	31	9,95	155	12,71
Appenzell A.	keine Angaben*			
Bern	5801	33,81	12 166	14,52
Basel-Land	1164	24,12	2110	9,05
Basel-Stadt	771	27,01	2773	17,11
Freiburg	1864	29,84	4425	18,37
Genf	2471	27,45	4405	11,37
Glarus	203	29,70	498	15,11
Graubünden	719	22,47	1900	11,59
Jura	594	42,34	1255	21,50
Luzern	1747	24,08	3649	11,33
Neuenburg	1096	32,21	2478	17,29
Nidwalden	149	21,33	284	8,09
Obwalden	96	14,06	323	10,77
St. Gallen	2722	29,64	4805	11,89
Schaffhausen	317	23,76	731	11,06
Solothurn	1645	36,38	2668	12,21
Schwyz	520	18,95	1111	8,87
Thurgau	1249	25,72	2400	11,15
Tessin	1663	28,75	4577	15,65
Uri	91	13,79	380	12,92
Waadt	2724	18,22	8499	13,89
Wallis	1150	19,48	3717	13,63
Zug	429	19,52	759	7,74
Zürich	7552	29,52	13 061	10,97
Total	40 629	27,41	85 963	12,72

Bei einer Massnahme handelt es sich zum Beispiel um eine Beistandschaft für einen bestimmten Aufgabenbereich, eine Weisung, einen Entzug des Aufenthaltsbestimmungsrechts oder des Sorgerechts oder eine Vormundschaft. Dass die Zahlen kantonal schwanken, ist teilweise auf unterschiedliche Strukturen zurückzuführen.

* wegen technischer Schwierigkeiten liegen von Appenzell Auser Rhoden fürs Jahr 2015 keine Angaben vor.

Grafik dc / Quelle Kokes

Ohne Ausländerinnen gehts nicht

Pflege Zwar bildete die Gesundheitsbranche in den letzten Jahren deutlich mehr Pflegeangestellte aus. Doch das reicht nicht dafür aus, den Bedarf in Zukunft ohne Zuwanderung zu decken. Das liegt auch daran, dass die «Pflegedichte» hierzulande recht hoch ist.

«Viel getan – es bleibt viel zu tun»: Dies ist das Fazit des neuen «Versorgungsberichts» zum Gesundheitspersonal. Entstanden ist er unter der Ägide der kantonalen Gesundheitsdirektoren, die letztlich dafür verantwortlich sind, dass die Schweiz auch in Zukunft genügend Personal in Pflege, Geburtshilfe und Rettungswesen sowie in technischen und therapeutischen Berufen hat. Das es knapp wird, steht spätestens seit dem ersten Versorgungsbericht von 2009 fest. Die Bilanz des gestern veröffentlichten, zweiten Berichts ist zwiespältig.

Wenn die Gesundheitsbranche von drohender Personalknappheit spricht, sollte man nicht vergessen, dass sie Jahr für Jahr kräftig wächst. Der neue Bericht, der ausschliesslich die Situation beim nicht ärztlichen Personal untersucht, bestätigt dies eindrücklich: Die Zahl der Angestellten von Pflege bis Technik stieg von 2010 bis 2014 um 13 Prozent auf 202 000 Personen. Die Hälfte davon arbeitet in Spitälern.

Mehr Abschlüsse

Spitäler, Pflegeheime und Spitex-Dienste haben die Zahl der Ausbildungsplätze erfolgreich erhöht. So nahm die Zahl der Abschlüsse im gewichtigen Bereich Pflege und Betreuung von 2010 bis 2014 gesamthaft um 32 Prozent zu. Besonders beliebt ist die berufliche Grundbildung Fage (Fachangestellte Gesundheit).

Und doch drohen Lücken. Trotz des Ausbaus ist die

Schweiz voraussichtlich nicht in der Lage, den Personalbedarf im Gesundheitsbereich aus eigener Kraft zu decken. Die Autoren des Berichts schätzen den jährlichen Nachwuchsbedarf bis 2025 ab und kommen zum Schluss, dass dieser in der Pflege nur zu 56 Prozent gedeckt wird. «Alarmierend» sei die Situation im Bereich des Pflegefachpersonals mit längerer Ausbildung.

Leistungsvolumen wächst

Man mag sich fragen, warum Spitälern und Co. nicht alle Stellen besetzen können, obwohl sie immer mehr Personal ausbilden. Zentraler Faktor ist der laufende Anstieg der Menge an erbrachten Leistungen: Spitälern, Heimen und Spitex haben schlicht immer mehr zu tun, nicht zuletzt wegen der fortschreitenden Alterung und der Zunahme der Anzahl betagter Personen. Die Autoren erwarten für das Pflegepersonal bis 2025 einen enormen «Bedarfs-

zuwachs» von 20 Prozent. Kommt dazu, dass relativ viele Pflegeangestellte dem Beruf vorzeitig den Rücken zukehren.

Bei alledem ist der Bedarf an Pflegepersonal nicht einfach gottgegeben: Er hängt stark davon ab, wie «personalintensiv» Spitäler und Heime arbeiten. So zeigt ein Vergleich der OECD, dass die Anzahl diplomierter Pflegefachpersonen mit knapp 11 pro 1000 Einwohner in der Schweiz relativ hoch ist.

Die Abhängigkeit des Schweizer Gesundheitswesens von Angestellten mit ausländischem Diplom ist und bleibt hoch. Aktuell kommen auf drei in der Schweiz ausgebildete Pflegefachpersonen zwei aus dem Ausland. Frei übersetzt: Will die Schweiz keine Abstriche bei den Leistungen machen, wird sie weiterhin eine beträchtliche Einwanderung in diesem Bereich zulassen müssen.

Fabian Schäfer

meinsam mit weiteren Organisationen die Idee einer nicht staatlichen Anlaufstelle für Betroffene, die Kesb-Entscheidungen nicht verstehen oder sich von den Kesb nicht verstanden fühlen.

Als Drittes reagiert die Kokes auf Rückmeldungen einiger Gemeinden, die mehr Mitsprache und ein Beschwerderecht verlangen. Laut Christoph Brutschin, Mitglied des Kokes-Vorstandes und Basler Regierungsrat, geht es dabei weniger um Fachentscheide der Kesb, sondern um deren Kostenfolgen und die Information. Für ihn ist klar: «Ein Beschwerderecht ist nicht zielführend.» Damit würde die rechtlich und sachlich wichtige Unabhängigkeit der Kesb untergraben. Vielmehr müssten die Kantone Lösungen suchen. Etwa, indem sie die Kesb auf kantonaler Ebene ansiedelten, wie dies etwa der Kanton Bern gemacht habe, oder, indem die Kesb ein eigenes Massnahmenbudget erhielten. Gemeinden könnten im Übrigen durch eine

«Wir haben die Kinderkrankheiten im Griff. Und dort, wo es noch Verbesserungen braucht, arbeiten wir daran.»

Kokes-Präsident Guido Marbet

frühzeitige Unterstützung vor Ort selber verhindern, dass die Kesb Beistandschaften errichten müssen.

Die Kesb arbeiten gut, zog Brutschin Bilanz. Doch würden sie in der Öffentlichkeit noch nicht als das wahrgenommen, was sie seien, nämlich ein zentraler Notfalldienst, vergleichbar mit Sanität oder Feuerwehr. Eine Kesb greife nur dann gegen den Willen von Betroffenen ein, wenn Personen schwerwiegend gefährdet seien. Marbet hielt fest: Die Kesb hätten zum Ziel, das Selbstbestimmungsrecht zu fördern, Massnahmen individuell anzupassen und dabei so viel wie nötig und so wenig wie möglich einzugreifen. Die Kesb sollte das Auffangnetz sein, wenn alle anderen Netze nicht mehr tragen. Brigitte Walser

Nachrichten

Todesfall Lilian Uchtenhagen ist gestorben

Die frühere Zürcher SP-Politikerin Lilian Uchtenhagen ist tot. Sie starb am Dienstagkurz vor ihrem 88. Geburtstag, wie die Stadtzürcher SP eine Meldung von «NZZ online» bestätigte. Uchtenhagen wurde 1971 als eine der ersten Frauen in den Nationalrat gewählt. 1983 war sie die erste Frau, die für die Schweizer Landesregierung kandidierte. sda

Pirmin Schwander Immunität soll aufgehoben werden

Die Berner Justiz will die Immunität von SVP-Nationalrat Pirmin Schwander aufheben lassen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den Kesb-Kritiker wegen seines Engagements zugunsten einer Mutter, die ihr Kind vor der Kesb versteckte. sda